

Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung 2013-2017 Bausteine für ein rot-grünes Regierungsprogramm

I. Ausgangslage – Wo stehen wir?

Das Ende des „Kalten Krieges“ und die zunehmende Globalisierung haben eine Vielzahl von Umbrüchen hervorgerufen, aus denen heraus neue Kraftzentren, aber auch neue Krisenherde und Problemsituationen entstanden sind. Die sich hieraus ergebenden Herausforderungen entziehen sich den traditionellen Formen von Außenpolitik und Diplomatie. Eine Außenpolitik für das 21. Jahrhundert muss multidimensional sein und als Querschnittsaufgabe immer auch Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik, der Umwelt- und Klimaschutzpolitik, der Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Forschung, der Wirtschaftspolitik und vieler anderer gesellschaftlicher und politischer Felder beinhalten.

Kernelement deutscher Außenpolitik muss deshalb eine auf zivilen Elementen basierende Friedenspolitik sein. Diesem Anspruch werden wir nur mit langfristigen Strategien und Konzepten gerecht. Ihn konsequent umzusetzen, bedeutet einen ganzheitlichen Ansatz, nicht nur in der Außenpolitik sondern in der Politik der gesamten Bundesregierung zu verfolgen, klare Prioritäten zu benennen und Schwerpunkte neu zu setzen. Hierzu bedarf es einer stärkeren politischen Führung im Auswärtigen Amt und im Bundeskanzleramt und der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller, personeller und institutioneller Ressourcen.

Kein Akteur für sich ist in der Lage, komplexe Krisensituationen alleine zu bearbeiten. Deshalb braucht es ein „Management of Diversity“, welches die unterschiedlichen Zielsetzungen und Interessen wahrnimmt. Ein erweitertes Aufgabenspektrum, längere Zeithorizonte und eine Zunahme von gleichzeitig handelnden Akteuren erfordern ein abgestimmtes Handeln ebenso wie die Verständigung auf gemeinsame Ziele. Der in Deutschland genutzte Begriff der „Vernetzten Sicherheit“ ist vielfach ideologisch besetzt und hat die eigentliche Debatte darüber, wie Krisenprävention und Konfliktbearbeitung erfolgreich gelingen, in den Hintergrund gerückt.

Die rot-grüne Regierungskoalition hat zwischen 1998 und 2005 wesentliche Initiativen unternommen. Mit dem Gesamtkonzept (2000) und dem Aktionsplan (2004) „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ wurde die Bedeutung einer deutschen Außenpolitik, die primär auf friedliche Mittel und Ressourcen setzt, unterstrichen. Hierdurch wurden entscheidende Impulse gesetzt und eine Vielzahl wichtiger Institutionen gegründet, die die friedenssichernde Ausrichtung der deutschen Außenpolitik unterstützen sollen. Der Zivile Friedensdienst (zfd), das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) oder die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) sind hier nur einige Beispiele.

Die vergangenen vier Jahre schwarz-gelber Außenpolitik waren demgegenüber , gerade im Bereich der Friedensförderung und der zivilen Konfliktbearbeitung von einer beispiellosen Konzept- und Strategielosigkeit geprägt. Dies hat das Ansehen Deutschlands als Zivilmacht und das Vertrauen als verlässlichen Partner innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft schwinden lassen. Es fehlt an einer klaren Vision und einer positiven Definition deutscher Interessen. Deutsche Außenpolitik muss natürlich auf aktuelle

Ereignisse reagieren können, aber sie muss auch Themen und Regionen beschreiben, an denen wir langfristig arbeiten und konzeptionelle, intellektuelle und finanzielle Energie investieren wollen.

II. Perspektiven – Wohin wollen wir?

Der von rot-grün auf den Weg gebrachte Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ hat erstmals Handlungsfelder aufgezeigt und das breite Spektrum präventionspolitischer Ansätze dargelegt. Schwarz-gelb hat es versäumt, darauf aufbauend eine weiterführende, außenpolitisch integrierte Strategie für Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung und -transformation zu entwickeln.

Eine neue rot-grüne Bundesregierung wird deshalb in einem strategischen Gesamtkonzept Herausforderungen, Interessen, Ziele und Prioritäten deutschen Handels in diesen Politikfeldern neu bestimmen und mit konkreten Umsetzungsschritten unterlegen müssen. Dies sollte in einem transparenten und offenen Prozess, der sich auch kritisch mit dem eigenen Handeln auseinandersetzt und unterschiedliche staatliche wie nichtstaatliche Akteure und Institutionen einbezieht, erfolgen.

Wir wollen die Instrumente der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung systematisch stärken. Dazu wollen wir ressortübergreifende Strukturen aufwerten, das ZIF, den ZFD, die Fähigkeiten zur politischen Konfliktvermittlung, den deutschen Beitrag zu internationalen Polizeieinsätzen und die Deutsche Stiftung Friedensforschung ausbauen sowie die strategische Vernetzung und Abstimmung dieser Instrumente untereinander verbessern.

1) *Projekt: Ausbau und Aufwertung ressortübergreifender Strukturen*

Das Engagement in Krisen wie auf dem Balkan, in Afrika oder in Afghanistan hat uns gezeigt, wie wichtig Informationsaustausch, Abstimmung oder auch die Bündelung von Ressourcen und Arbeitsteilung zwischen den vielen Akteuren sind, um krisenhafte Entwicklungen möglichst frühzeitig und wirksam vorbeugen bzw. eindämmen zu können. Eine solche Zusammenarbeit betrifft sowohl Ressourcen der zivilen wie auch der militärischen Akteure der Krisenprävention, der Krisenbearbeitung und der Friedenskonsolidierung und gilt Ressort- und Institutionen übergreifend.

Die deutsche Ausprägung des Ressortprinzips gilt als wesentliches Hindernis für ein kohärentes, umfassendes Gesamtengagement in der Friedensförderung und der zivilen Konfliktbearbeitung. Dem beim Auswärtigen Amt angesiedelten Ressortkreis Zivile Krisenprävention fehlt das politische Gewicht und die direkte Anbindung an die politische Leitung der Bundesministerien, um seine Wirkung auf die Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung vollständig entfalten zu können. Für die Zukunft ist es unabdingbar, dass zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung zumindest im Auswärtigen Amt wieder zur Chefsache werden, aktiv begleitet durch das Bundeskanzleramt.

Dazu wollen wir:

1. im Auswärtigen Amt im Range eines Staatssekretärs/Staatsministers eine(n) Beauftragte(n) der Bundesregierung für Friedensförderung und Konfliktbearbeitung

- benennen und die derzeit bestehende Struktur des Ressortkreises durch eine Besetzung auf Ebene der Staatssekretäre der beteiligten Häuser weiterentwickeln;
2. im Auswärtigen Amt zur Unterstützung des Ressortkreises einen permanenten Arbeitsstab einrichten, in den Vertreter aller beteiligten Häuser abgeordnet werden und dessen wesentliche Aufgabe die Erstellung ressortübergreifender systematischer Länder- und Konfliktanalysen und deren Monitoring ist, auch unter systematischer und klar geregelter Einbeziehung des Beirates Zivile Krisenprävention sowie weiterer externer Expertise;
 3. die Koordination und Kooperation auf nationaler Ebene weiter stärken durch die Einrichtung eines ressortübergreifenden Budgetpools im Umfang von 100 Millionen Euro, der im wesentlichen aus den Einzelplänen der Ressorts Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Verteidigung finanziert wird;
 4. die parlamentarische Begleitung deutscher Friedenspolitik ausbauen und dazu insbesondere den Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ fortführen und dahingehend weiterentwickeln, dass sein Mandat die gesamte Bandbreite friedenspolitischer Aktivitäten erfasst.

2) Projekt: „Ausbau des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)“

Seit seiner Gründung 2002 ist es Aufgabe des ZIF, die zivilen Kapazitäten für internationale Friedenseinsätze zu stärken. Sein Kernmandat ist die Qualifizierung und Bereitstellung von Zivilpersonal für Friedenseinsätze und die Erarbeitung von Analysen und Konzepten zum Peacebuilding und Peacekeeping. Das Zentrum leistet damit einen wichtigen Beitrag, um den „Vorrang für zivil“ im Sinne des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ von 2004 in die Tat umzusetzen.

Mittlerweile hat sich das ZIF zum Kompetenz-Zentrum mit Alleinstellungsmerkmal (Center of Excellence) für die Auswahl, Vorbereitung und Entsendung von zivilem Personal im Bereich Friedenseinsätze und Expertise entwickelt. Es dient als nationales *Clearing House* und genießt international einen exzellenten Ruf. Sein integrierter Ansatz, der Training, Human Resources und Analyse unter einem Dach vereint, ist weltweit Vorbild. In Sachen internationaler Friedenseinsätze ist das ZIF zu einer zentralen Anlaufstelle für internationale Partner und Organisationen (VN, EU, OSZE, AU etc.) und damit zu einem Aushängeschild und Markenzeichen deutscher Außenpolitik geworden.

Die Bedeutung umfassender Friedensmissionen mit starken zivilen Fähigkeiten wird international weiter zunehmen und damit auch die Nachfrage nach zivilen deutschen Fachkräften. Allein in den letzten 10 Jahren ist der Personal-Bedarf für Friedenseinsätze von 20.000 (zivile und militärische) Peacekeepern im Jahr 2000, auf 120.000 im Jahr 2012 hoch geschneit. Wenn Deutschland sich als herausragender außenpolitischer Akteur im Rahmen der EU und VN behaupten will, muss es seine zivilen Fähigkeiten für internationale Friedenseinsätze erheblich ausbauen. Ein Konzept für die systematische Ausbildung und Gewinnung ziviler Fachkräfte steht noch aus. Hierbei kommt dem ZIF eine zentrale Rolle zu.

Allerdings ist das ZIF heute an seine Kapazitätsgrenzen gestoßen. Seit seiner Gründung hat es immer mehr Aufgaben für das AA und für internationale Organisationen übernommen. Es stellt mittlerweile u.a. Fachkräfte für EU-Missionen, ist europaweit für die Koordination von Trainingskursen verantwortlich und arbeitet international an Peacekeeping Doktrinen mit. Trotz des kontinuierlichen Zuwachses an Aufgaben sind das Kernbudget des ZIF von 2,2 Millionen Euro pro Jahr und der Stellenplan mit 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seit 10 Jahren unverändert geblieben. Im internationalen Vergleich hinkt das ZIF in Sachen Ausstattung hinterher. Die schwedische Folke Bernadotte Academy (FBA) bspw. hat 90 Planstellen und ein Jahresbudget von über 20 Millionen Euro. Mangels Ausstattung bearbeitet das ZIF viele Aufgaben mittlerweile über zusätzliche Projektmittel, die mit 3 Millionen Euro pro Jahr das Kernbudget bei weitem übersteigen. Die kurzfristige „Projekteritis“ ist nicht nachhaltig. Sie gefährdet die notwendige Kontinuität, Flexibilität und Netzwerkarbeit.

Wir brauchen ein Konzept zum systematischen Aufbau ziviler Fachkräfte, um schneller und den Anforderungen entsprechend auf mehr spezialisierte zivile Experten zurückgreifen zu können. Dafür müssen das ZIF gestärkt sowie seine Ziele, Aufgaben und Prioritäten weiterentwickelt werden.

Dazu wollen wir:

1. das Kernbudget auf fünf Millionen Euro und den Stellenplan auf 34 MitarbeiterInnen erhöhen;
2. den Aus- und Aufbau des ZIF-Expertenpools vor allem in den Bereichen Governance, Gender (VNSR-Res. 1325), politische Mediation, Parlamentsaufbau sowie mehr Maßnahmen für eine intensivere sozio-psychologische Begleitung und Nachbetreuung von entsandten Expertinnen und Experten inklusive einer angemessenen Anerkennungskultur vorantreiben;
3. gemeinsam mit dem ZIF und weiteren relevanten Fachleuten einen außenpolitischen Instrumenten-Kasten (Tool-Box) „Fragile Staatlichkeit und Friedenseinsätze“ entwickeln, um im Bedarfsfall schnell umfängliche zivile Maßnahmen-Pakete schnüren zu können;
4. mit Unterstützung des ZIF zivile Einsätze systematisch auswerten (lessons learned) und bewährte Vorgehensweisen (best practices) für künftige Einsätze ausarbeiten;
5. das ZIF zum „Center of Excellence“ ausbauen, um die internationalen zivilen Kapazitäten in Krisen- und Konfliktländern, Regionalorganisationen und wichtigen Gestaltungsmächten sowie die strategische Netzwerkbildung zu stärken;
6. dass das ZIF die Umsetzung vernetzten Handelns durch Analysen und den Ausbau der integrierten zivil-militärischen Trainingspartnerplattform gezielt unterstützt.

3) Projekt: Stärkung Ziviler Friedensdienst(ZFD)

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) bildet das Dach für eine Vielzahl von Friedensfachdiensten, die staatlich gefördert, aber von NGOs eigenverantwortlich umgesetzt werden. Er entstand Mitte der 1990er Jahre mit einem an den Entwicklungsdiensten orientiertem Konzept, das sich an berufs- und lebenserfahrene Frauen und Männer wendet. Der ZFD ist mittlerweile

ein bewährtes Instrument der Deutschen Außen- und Entwicklungspolitik. Mit ihm hat Deutschland seinen außenpolitischen Anspruch als Zivilmacht in der Praxis unterstreichen können. Die Evaluierung des ZFD von 2011 belegt sein Potenzial zur mittel- bis langfristigen Unterstützung von Friedensprozessen. Im Mittelpunkt der ZFD-Projekte stehen neben der Unterstützung bei der Aufarbeitung von Kriegstraumata vor allem die Herausbildung einer demokratisch orientierten Zivilgesellschaft und die Vermittlung gewaltfreier Konfliktlösungsstrategien. Dabei verfolgt der ZFD einen Graswurzel-Ansatz, setzt also an den Erfahrungen und Bedürfnissen der Menschen an. Er will möglichst viele Menschen erreichen, die aufgrund ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen (oft ehrenamtlichen) Tätigkeit in der Lage sind, ihrerseits wiederum möglichst viele Menschen zu erreichen. Trotz sehr positiver Evaluierungsergebnisse hat die schwarz-gelbe Regierung den ZFD nicht ausreichend gestärkt und ausgebaut. Mangels ausreichender Finanzmittel konnten viele Projekte trotz positiver Bewertung durch das BMZ nicht umgesetzt werden.

Damit der ZFD sein Potenzial entfalten kann, muss er stärker als bislang in einen strategischen Gesamtzusammenhang deutscher Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik eingebettet werden. Aufgabe einer neuen Regierung muss es deshalb sein, in enger Abstimmung zwischen AA und BMZ den ZFD finanziell zu stärken und ihn strategischer und systematischer einzusetzen. Das gilt auch auf Ebene der EU.

Dazu wollen wir:

1. den Haushaltstitel für den ZFD ab 2014 um 31 Millionen Euro auf insgesamt 60 Millionen Euro erhöhen und mit entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre ausstatten;
2. den ZFD im Rahmen eines strategischen Gesamtkonzeptes neu verorten und mit Hilfe eines gestärkten Ressortkreises systematischer in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik einsetzen;
3. die Ausbildung und das Training regionaler und lokaler Friedensfachkräfte insbesondere durch den Ausbau von „train-the trainers“ Angeboten des ZFD stärker fördern
4. mehr Maßnahmen ergreifen, um eine intensivere sozio-psychologische Begleitung und Nachbetreuung von entsandten zivilen Experten sicherzustellen und uns stärker um eine angemessene gesellschaftliche Anerkennungsbemühen;
5. den ZFD gezielter für eine umfassende Friedensbildung an Schulen einsetzen.

4) Projekt: Aufbau Fähigkeiten zur politischen Konflikt-Vermittlung

Die Krisenbearbeitung auf dem Balkan, in Afrika, im Nahen Osten oder in Asien hat gezeigt, wie wichtig politische Vermittlung ist, damit Streitparteien ihre Konflikte nicht mit Gewalt, sondern durch Dialog am Verhandlungstisch lösen. Oft kommt ein Dialog erst mit Hilfe neutraler Vermittlerinnen und Vermittler (Mediatoren) zustande. Politische Konflikt-Vermittlung ist eine Schlüsselfähigkeit ziviler Krisenprävention, die vor allem ein frühzeitiges Handeln („early action“) ermöglicht. Im Vergleich zu möglichen humanitären, sozialen und wirtschaftlichen Folgen von Konflikten ist sie darüber hinaus „preisgünstig“.

International überwiegen heute innerstaatliche Konflikte, weshalb der Handlungsspielraum der traditionellen Diplomatie aus politischen und/oder Souveränitätsgründen oft eingeschränkt ist. Deshalb sind Vermittlungsbemühungen auf weniger hochpolitischen Ebenen flexibler, innovativer und unabhängiger. Das erfordert jedoch einen effizienten Mechanismus, der kurzfristig die Verfügbarkeit staatlicher und nicht-staatlicher Vermittler sicherstellt und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen, nicht-staatlichen und internationalen Organisationen und Akteuren institutionalisiert und professionalisiert. In einigen europäischen Ländern wie der Schweiz, Finnland oder Norwegen ist dies bereits der Fall.

Der Bedarf an Konfliktvermittlung ist hoch und wird nach Einschätzung der VN und EU weiter steigen. Die VN haben dies bereits in ihrer „Agenda für den Frieden“ 1992 betont. 2006 wurde im Generalsekretariat (DPA) eine *Mediation Support Unit* eingerichtet, die 2008 durch ein Standby-Team aus Mediations-Experten ergänzt wurde. 2009 legte der VN-Generalsekretär dem VN-Sicherheitsrat seinen Bericht zur Stärkung der Mediation und geeigneter Unterstützungsmaßnahmen vor. 2011 folgte der VN-Expertenbericht zu den *Civilian Capacity in the aftermath of conflict*. Zentrale Empfehlungen der VN sind, einen Rahmen für eine schnelle und flexible Entsendung zu schaffen, einen entsprechenden Personal-Pool (roster) und ein Experten-Netzwerk aufzubauen sowie gemeinsame Standards für Personal und Programme festzulegen. Seit 2011 spricht sich auch die VN-Generalversammlung für eine weitergehende Professionalisierung von Mediations-Kapazitäten aus.

Auch der EU-Rat für Außenbeziehungen verabschiedete 2009 ein gemeinsames Konzept zur Stärkung der Fähigkeiten von Mediation und Dialog. Die EU-Mitgliedstaaten verpflichten sich, die bestehenden Instrumente innerhalb der EU zu optimieren. Hierzu zählen Trainings-Angebote für EU-Sondergesandte, mehr weibliche Mediatoren, der Aufbau systematischer Analyse- und Auswertungs-Fähigkeiten (best-practices, lessons learned), die Ausarbeitung gemeinsamer Standards/Richtlinien und ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch. Zur Umsetzung des Ratsbeschlusses folgte 2011 ein Pilotprojekt für Konfliktmediation innerhalb des EAD, das jetzt regulär in die EAD-Strukturen überführt wird. Aktuell steht die Einrichtung des neuen European Institute of Peace (EIP) auf der Agenda. Das EIP soll Konfliktmediation, informelle Diplomatie und Erfahrungsaustausch innerhalb der EU und ihrer Mitgliedstaaten systematisch bündeln, ergänzen und professionalisieren. Die Einbindung und Vernetzung nicht-staatlicher Experten ist dabei ein zentrales Anliegen.

Die VN können viel, aber nicht alles leisten. Soll politische Vermittlung erfolgreich sein, sind gemeinsame multilaterale Anstrengungen nötig. Dies stellen aber weder die deutschen, noch die EU- Mechanismen sicher. Deutschland ist in Sachen innovativer politischer (Mehrebenen-) Konflikt-Vermittlung vergleichsweise ein Entwicklungsland, obwohl das Thema geradezu idealtypisch zu seinem Selbstverständnis als Zivilmacht passt und bereits 2004 im Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ zwar für zentral befunden, aber bis heute nicht umgesetzt wurde. Auf staatlicher Ebene herrscht noch immer die traditionelle Diplomatie vor. Deutsche Einrichtungen auf der nicht-staatlichen Ebene wie die Berghof Stiftung, CSSP - Berlin Center for integrative Mediation oder das akademisch orientierte Center for Peace Mediation an der Europauniversität Viadrina spielen in der operativen Politik kaum eine Rolle. Ähnliches gilt für weitere Akteure, die einzelne Konfliktvermittlungs-Projekte durchführen oder Schulungen anbieten wie der

ZFD, die GIZ, Inmedio oder auch das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht.

Das vorhandene Vermittlungs-Potenzial wird nicht systematisch genutzt und ausgebaut. Deshalb stehen nicht genügend erfahrene und professionell geschulte politische, diplomatische und zivilgesellschaftliche Vermittlerinnen und Vermittler zur Verfügung, die gezielt und schnell eingesetzt werden können. Angesichts der Dynamiken innerhalb der VN und der EU sollte sich Deutschland intensiv in die Entwicklung politischer Konflikt-Vermittlung einbringen, um seinem Ruf als glaubwürdige Zivilmacht und als Macher einer proaktiven Friedenspolitik gerecht zu werden.

Wir müssen eigene Fähigkeiten zur politischen Vermittlung aufbauen und gleichzeitig die Fähigkeiten innerhalb der EU sinnvoll ergänzen und weiter stärken. Hierzu brauchen wir ein Konzept zur politischen Konflikt-Vermittlung, das sicherstellt, dass staatliche und nicht-staatliche Fähigkeiten systematisch aufgebaut, gebündelt, weiterentwickelt und international (EU, VN, regional) vernetzt werden.

Dazu wollen wir:

1. einen nationalen Expertenpool für politische Konflikt-Vermittlung aufbauen, der dem breiten und spezialisierten Spektrum moderner Mediation Rechnung trägt und dabei auf das Know-how des ZIF zurückgreift;
2. den Aufbau einer nicht-staatlichen „Plattform Politische Konflikt-Vermittlung“ als institutionalisierte Expertengruppe und Expertennetzwerk unterstützen, um
 - a. die Vernetzung nicht-staatlicher Akteure zu fördern
 - b. zusammen mit staatlichen Akteuren bereits existierende Aktivitäten zur politischen Konflikt-Vermittlung besser bewerten, anpassen (mainstreaming) und unterstützen zu können
 - c. einen gemeinsamen Rahmen für die Ausbildung zu erarbeiten
 - d. die Institutionalisierung von lessons-learned- und best practices-Mechanismen vorantreiben zu können
3. das ZIF in Sachen politischer Konflikt-Vermittlung zur nationalen Drehscheibe zwischen der staatlichen und nicht-staatlichen Ebene (Plattform/Konsortium) und der EU ausbauen;
4. die Fähigkeiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes zur politischen Konflikt-Vermittlung durch den Ausbau des EU-Referats Konfliktprävention und Mediation“ stärken, den Aufbau des neuen europäischen Friedensinstituts (European Institute of Peace – EIP) begleiten und es mittelfristig zu einem sog. Global Focal Point „Politische Konflikt-Vermittlung“ ausbauen;
5. den Auf- und Ausbau regionaler, nationaler und lokaler Netzwerke und Partnerschaften in Krisenregionen unterstützen, um die Vermittlungsfähigkeiten vor Ort zu stärken und hierbei auch das Potenzial der Diaspora stärker zu nutzen.

5) Projekt: Mehr deutsches Engagement in internationalen Polizeieinsätzen

Die internationale Gemeinschaft ist heute mehr denn je mit schlechter Regierungsführung, dem Zerfall von staatlichen Strukturen und dem Verlust des staatlichen Gewaltmonopols konfrontiert, was regelmäßig zu Instabilität, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in ganzen Regionen führt. Immer häufiger antwortet die Staatengemeinschaft hierauf mit der Entsendung von Stabilisierungs- und Aufbaumissionen im Rahmen der VN, EU oder OSZE. Längst sind es integrierte Missionen, die die Bereiche Polizei, Rechtsstaatlichkeit oder Zivilverwaltung umfassen. Ohne Polizeikräfte sind erfolgreiche Stabilisierungs- und Aufbaumissionen in der Regel nicht möglich. Denn für die Gewaltprävention und den Wiederaufbau von Staatlichkeit nach Gewaltkonflikten ist es eine zentrale Aufgabe, Krisenländern bei der Reform ihres Sicherheitssektors und ihrer Sicherheitsinstitutionen auf Grundlage menschenrechtlicher, rechtsstaatlicher und demokratischer Standards zu unterstützen.

Die deutsche Polizei genießt international eine hohe Anerkennung und gilt als bestens vorbereitet und hervorragend ausgebildet. Sie ist aufgrund ihres Selbstverständnisses und ihrer gesellschaftlichen Einbindung in besonderer Weise in der Lage, positive Unterstützung für eine menschenrechtsorientierte, rechtsstaatliche und demokratische Entwicklung in Krisengebieten zu geben. Das internationale Engagement der deutschen Polizei umfasst unterschiedliche Aspekte polizeilicher Aufgaben. Neben der Teilnahme an Missionen im Auftrag von VN, EU und OSZE arbeitet die Bundesrepublik auch bilateral mit anderen Staaten zusammen. Die Missionen und Kooperationen betreffen Schutzaufgaben in Krisengebieten, grenzpolizeiliche Unterstützung, Dokumenten- und Visumsberatung sowie polizeiliche Aufbauhilfe.

Mit zunehmender Komplexität internationaler Friedensmissionen hat auch der Bedarf an Polizeikräften sprunghaft zugenommen. Dadurch ergeben sich zum einen steigende Anforderungen der internationalen Partner an eine zahlenmäßige Aufstockung der für Auslandseinsätze zur Verfügung stehenden Beamten. Zum anderen wird aber auch eine vermehrte Entsendung verschiedenster Spezialisten, z.B. Polizeiausbilder, Forensiker und Spezialisten für Datensicherheit oder organisierte Kriminalität erforderlich. Trotz des Wandels im Aufgabenzuschnitt internationaler Polizeieinsätze und des zunehmenden Bewusstseins für deren Bedeutung nimmt die Bereitschaft einzelner Staaten zur Entsendung von Polizeikräften ab. Auch Deutschland hat sein Engagement z.B. bei Einsätzen der VN in den vergangenen Jahren kontinuierlich reduziert. Den heute 16 eingesetzten Beamten standen 2001 noch 487 Beamte gegenüber. Die Zusage Deutschlands an die EU aus dem Jahr 2000 mittelfristig 910 deutsche Polizeikräfte für EU-Polizeimissionen zur Verfügung stellen zu wollen, wurde bis heute nicht erfüllt.

Deutschland sollte daran gelegen sein, präventive polizeiliche Zusammenarbeit und Aufbauhilfe einem militärischen Engagement vorzuziehen. Bis heute existiert weder ein umfassender Personalpool für Polizeikräfte des Bundes geschweige denn der Länder. Die Koordinierung, Begleitung und Personalplanung internationaler Polizeimissionen durch die Bundesregierung ist völlig unzureichend. Viele Bundesländer zeigen eine nur sehr geringe Bereitschaft, sich bei polizeilichen Auslandseinsätzen umfangreicher zu beteiligen. Sie sehen die Entsendung ihrer Beamtinnen und Beamten als unzumutbare finanzielle und personelle Mehrbelastung an. Dementsprechend gibt es kaum Anreize für Beamtinnen und Beamten, sich für Auslandseinsätze zur Verfügung zu stellen – im Gegenteil: sie müssen mit einem „Karriereknick“ rechnen.

Deutschland sollte als wichtiges Mitglied der VN, EU und OSZE eine Führungsrolle bei der Ausbildung, Schulung und Beratung von Polizeikräften übernehmen, sich aber auch mehr an internationalen Friedensmissionen mit polizeilichen Exekutivbefugnissen beteiligen.

Dazu wollen wir:

1. eine umfassende Bund-Länder-Vereinbarung abschließen, die die rechtlichen, personellen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen dafür schafft, dass Deutschland seinen Verpflichtungen innerhalb der VN, EU und OSZE besser als bisher nachkommen kann;
2. die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel durch den Bund in seiner Verantwortung für die auswärtigen Beziehungen absichern;
3. ein nationales Führungszentrum für deutsche Polizeibeamte in internationalen Friedensmissionen zur Koordinierung und Betreuung der eingesetzten Beamtinnen und Beamten sowie zur generellen Personalplanung einrichten;
4. eine umfassende Grundlage zur besseren Einbindung des Parlamentes bei der Entsendung erarbeiten, die vor allem frühzeitige Unterrichtungen und umfassende Information gewährleistet;
5. den Aufbau eines verlässlichen Personalpools bei der Bundespolizei vorantreiben;
6. die sozio-psychologische Begleitung und Nachbetreuung von entsandten Polizeikräften stärken sowie geeignete Anreiz- und Anerkennungsstrukturen schaffen, die über monetäre Anreize hinausgehen, sich karrierefördernd auswirken und gesellschaftliche Anerkennung befördern;
7. auf Ebene der EU mittel- bis langfristig schnell einsetzbare Polizeiausbilderinnen und -ausbilder als Teil eines „European Civil Peace Corps“ vorhalten;
8. Polizeiaufbauprogramme (insbes. auch „train the trainers“) bei Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union und bei Institutionen wie dem „Kofi Annan International Peacekeeping Training Center“ in Accra (Ghana) ausbauen und personell und finanziell mehr unterstützen.

6) Projekt: Stärkung Deutsche Stiftung Friedensforschung

Neue Ursachen und Formen von Konflikten überfordern die althergebrachten Lösungsansätze und machen die Friedensforschung zu einem unverzichtbaren Teil der Politikberatung. Nur wenn Ursachen und Verläufe von aktuellen wie auch vergangenen Konflikten bekannt sind und die handelnden Personen und ihre Motivationen besser verstanden werden, können daraus Friedensstrategien und friedensbildende Prozesse in Gang gesetzt und begleitet werden. Die Friedensforschung leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass Konflikte präventiv bearbeitet werden können, dass Politik und Öffentlichkeit frühzeitig auf Gefahren hingewiesen und deeskalierende bzw. friedenssichernde Maßnahmen ergriffen werden können. Gleichzeitig untersucht sie politische Entscheidungen kritisch auf mögliche Konsequenzen hin und zeigt gegebenenfalls Alternativen auf.

Um die Förderung der Friedensforschung unabhängig von politischen Mehrheiten oder Opportunitäten zu sichern, hat die erste rot-grüne Bundesregierung die Deutsche Stiftung

Friedensforschung als kapitalgedeckte Stiftung ins Leben gerufen. Neben der Förderung von Forschungsprojekten im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung sind weitere wichtige Zielsetzungen der Stiftung die Vernetzung bestehender Initiativen, die strukturierte Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und eine stärkere Verankerung der Friedensforschung an den deutschen Universitäten. Gestiegene Personal- und Sachkosten vor allem aber die Finanzkrise und der damit einhergehende Rückgang an Zinseinnahmen haben die Deutsche Stiftung Friedensforschung an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten geführt. So reicht das Stiftungskapital nicht mehr aus, um alle Satzungsziele in dem gebotenen Maße umzusetzen. Die Hoffnung auf eine deutliche Erhöhung des Kapitalstocks durch Zustiftungen Dritter hat sich leider nicht erfüllt.

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung muss auch weiterhin umfassende Fördermöglichkeiten im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung sicherstellen können

Dazu wollen wir:

1. das Stiftungskapital der DSF mittelfristig um etwa 23 Millionen Euro auf insgesamt 50 Millionen Euro erhöhen;
2. kurzfristig eine Erhöhung um 10 Millionen Euro erreichen, der drei weitere Schritte, zwei mit einem Volumen von jeweils 5 Millionen Euro und einer mit 3 Mio. Euro folgen sollen;
3. die Ergebnisse und Empfehlungen der Forschungsarbeiten der DSF künftig systematischer in die Arbeit des Ressortkreises Zivile Krisenprävention einbinden.